

Erich J. Lejeune

Schluss mit Angst!

*Für mehr Vertrauen
in Deutschlands Zukunft*

Erich Lejeune  Edition Mensch

Inhalt

Vorwort

9

Deutschland schwierig Vaterland

13

Es gibt viele Gründe, stolz auf Deutschland zu sein

27

Politisch Lied, ein garstig Lied?

37

Unsere Probleme sind hausgemacht und deshalb lösbar

51

Hoffnungsbringer, nicht Unglücksboten –

Europa und die Globalisierung

93

Wirtschaft und Moral – ein Widerspruch?

107

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität –

Gleichklang oder Gegensätze?

117

Anything goes ist out –
die Renaissance der bürgerlichen Werte
129

Alle werden gebraucht
141

Schlusswort
151

Vorwort

Ende November 2005. Ich sitze im Flieger nach London. Am Flughafen habe ich mir das Buch *Schluss mit lustig! Das Ende der Spaßgesellschaft* gekauft, das seit Monaten an der Spitze der Bestsellerlisten steht. Der Autor Peter Hahne ist mir nicht nur als Hauptstadtkorrespondent des ZDF bekannt. Ich weiß, dass er ebenfalls Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland ist und stets offensiv für seinen Glauben streitet. Das macht ihn mir besonders sympathisch. Auch ich bin evangelisch, auch mir ist der Glaube sehr wichtig, und ich bedauere, dass ich in vielen Predigten von allen möglichen Problemen aus aller Welt höre, aber sehr wenig von Gott.

Ich freue mich auf die Lektüre. Aber schon beim Inhaltsverzeichnis gerate ich ins Stutzen. „Freizeit, Gleichgültigkeit, Liederlichkeit“, „Der Krieg der Generationen“, „Die letzten Fußkranken der Völkerwanderung“, „Feige Kompromissgesellschaft“. Eine Anklage jagt die andere. Besonders springt mir die Überschrift „Unser New York heißt Erfurt“ ins Auge. Was ist damit denn gemeint? Ich schlage das Kapitel auf und traue beim Lesen meinen Augen nicht. Hahne zieht dort allen Ernstes eine Parallele zwischen dem gezielten und kaltblütig geplanten Bin-Laden-Terroranschlag am 11. September 2001 in New York, dem Tausende Menschen zum Opfer fielen, und dem Amoklauf eines achtzehnjährigen Schülers in einem Gymnasium in Erfurt, das im April 2002 sechzehn Menschen das Leben kostete. Eine schreckliche Bluttat, gewiss. Aber wie kann man diese beiden völlig unvergleichlichen Ereignisse in einen direkten Zusammenhang setzen?

Nachdem ich das Buch durchgelesen hatte, war meine Seelenverwandtschaft, mit der ich mich Hahne zuvor verbunden fühlte, gründlich erloschen. Selten hat mich ein Text so wütend gemacht. Denn dem im christlichen Gewande daherkommenden Autor geht es mitnichten darum, „Gott in die Politik“ zurückzuholen, wie er pathetisch trompetet. Vielmehr hat er sich selbst auf eine Wolke gesetzt, von der aus er einen wirren Zettelkasten mit so ziemlich allen Katastrophenmeldungen dieser Welt auf Deutschland herniederregnen lässt, gleichsam als Vorbote für das unmittelbar bevorstehende Jüngste Gericht mit Peter Hahne als Vorsitzendem Richter.

Nicht die Verbreitung der christlichen Botschaft von Glaube, Hoffnung und Zuversicht ist das Ziel, sondern die bewusste Instrumentalisierung des deutschen Seelenschmerzes und der Selbstzweifel. Statt Ängsten mit rationalen Argumenten entgegenzutreten, werden Furcht und Unsicherheit gezielt geschürt. Mit Erfolg, wie die Auflagen zeigen.

Da vergeht einem tatsächlich das Lachen. Mit der Realität Deutschlands hat Hahnes apokalyptischer Parforceritt allerdings nichts zu tun.

Als ich in London das Flugzeug verlasse, steht mein Entschluss fest: Ich werde Hahne mit einem eigenen Buch antworten. Auch mein Thema wird die Lage Deutschlands und die seiner Gesellschaft sein. Ich werde dabei keine rosarote Brille aufsetzen und kein Problem schönreden. Mit mentaler Beschwörung, wie sie etwa jene flächendeckende „Du bist Deutschland“-Werbekampagne versucht, mit der uns verkündet wird, wir seien wahlweise Beethoven, Einstein oder Claudia Pechstein, wird sich die Stimmung in Deutschland nur schwerlich aufhellen lassen.

Unser eigentliches Problem sehe ich anderswo: Wir scheinen uns einen mentalen Magneten eingepflanzt zu haben, der alles Negative wie Stahlspäne fest an sich zieht und alles Positive abstößt. Doch je zögerlicher und mutloser wir an

die uns gestellten Aufgaben herangehen, desto schwieriger wird es, sie zu lösen, und desto länger wird es dauern. Die Bereitschaft, auch eine bittere Medizin zu schlucken, wird umso größer sein, sofern wir die Erwartung hegen können, dass es uns anschließend besser geht als vorher. Und sie hängt auch davon ab, dass diese Medizin gerecht an alle verteilt wird und nicht ein Teil der Gesellschaft stattdessen Champagner schlürft.

Diese sich für die Zukunft unseres Landes wahrlich lohnende Kraftanstrengung wird uns zudem leichter fallen, wenn wir uns selbst nicht kränker reden oder reden lassen, als wir es tatsächlich sind. Auf dem SPD-Parteitag am 15. November 2005 sagte der neu gewählte Vorsitzende Matthias Platzeck den ebenso schlichten wie heute so selten zu hörenden Satz: „Deutschland ist ein wunderschönes Land.“ Platzeck hat Recht. Es gibt so vieles, auf das wir stolz sein und worauf wir aufbauen können.

*Es gibt viele Gründe,
stolz auf Deutschland zu sein*

Bei der Weihe der wiedererbauten Dresdner Frauenkirche am 30. Oktober 2005 rief Bundespräsident Horst Köhler einen Satz des großen Dichters Gerhart Hauptmann aus dem Jahr 1945 ins Gedächtnis: „Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens.“ Dem, so Köhler, sei sechzig Jahre später hinzuzufügen: „Wer die Zuversicht verloren hat, der gewinnt sie beim Anblick der wiedererstandenen Frauenkirche! Das kann uns besonders viel sagen in einer Zeit, in der viele Menschen Sorgen, auch Angst vor der Zukunft haben.“

Am Anfang waren es nur einige wenige Idealisten, die sich für dieses gewaltige Vorhaben begeisterten. Aber es gelang ihnen, diese Begeisterung auf so viele Menschen zu übertragen, dass der Wiederaufbau zu einer im besten Sinne des Wortes nationalen Aufgabe wurde. Besonders beachtlich war die Finanzierung. Ursprünglich war gedacht, dass der Staat für zwei Drittel der Baukosten aufkommen würde und der Rest durch Spenden aufgebracht werden sollte. Tatsächlich aber hat sich dieses Verhältnis am Ende umgekehrt. Mehr als 100 Millionen Euro, also zwei Drittel der Kosten, kamen durch private Spenden und großherzige Stifter zusammen. Viele davon waren Deutsche, die heute im Ausland leben und auf diese Weise ihre Verbundenheit mit der alten Heimat bekundeten. Die wiedererrichtete Frauenkirche wurde auch zu einem Symbol der Aussöhnung zwischen den früheren Feinden. In Großbritannien, dessen Luftwaffe am 13. und 14. Februar 1945 Dresden in Schutt und Asche

gelegt hatte, sammelte allein der Herzog von Kent mehr als eine Million Euro.

Doch nicht nur das Projekt Frauenkirche hat die Klischees widerlegt, die Deutschen seien zu großen Taten nicht mehr fähig. Um den Opfern der Tsunami-Katastrophe zu helfen und den Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten Südasiens zu unterstützen, spendeten die Deutschen die unglaubliche Summe von 670 Millionen Euro, der höchste Betrag, der jemals in unserem Land im Rahmen einer Spendenaktion zusammenkam. Deutschland lag damit weltweit an zweiter Stelle hinter den USA.

Das Land, das sich im Mai 1945 mit vierundfünfzig Staaten im Kriegszustand befand, ist heute ein hoch geachtetes Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft – stets bereit, Verantwortung zu übernehmen. Nur die USA und Japan steuern mehr zum Haushalt der Vereinten Nationen bei, wobei Deutschland im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten ein pünktlicher Zahler ist. Mit mehr als 7000 Soldaten stellt Deutschland der UNO – nach den USA das größte Kontingent für friedenssichernde und -erhaltende Maßnahmen – zur Verfügung, vor allem in Afghanistan und auf dem Balkan.

Innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland mit weitem Abstand der größte Nettozahler und ein entscheidender Motor der europäischen Integration. Die Befürchtungen vieler unserer Nachbarn, Deutschland würde sich nach der Wiedervereinigung in einer Art neuem Nationalismus von der EU fortbewegen, erwiesen sich als völlig grundlos. Im Gegenteil: Auch wenn es Deutschland vergleichsweise schwerer als anderen Mitgliedsstaaten fiel, die D-Mark, das Symbol des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs, der gemeinsamen neuen Währung Euro zu opfern, stand der deutsche Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion nie ernsthaft infrage.

Ich bin auch fest davon überzeugt, dass der europäische Verfassungsvertrag in Deutschland auch bei einer Volks-

abstimmung, im Gegensatz zu Frankreich und den Niederlanden, letztlich eine Mehrheit gefunden hätte. Europa mag vielen Deutschen nicht mehr jene Herzenssache sein wie noch in den siebziger und achtziger Jahren, doch über die Notwendigkeit der Integration herrscht zwischen den politischen Parteien und allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppierungen breite Übereinstimmung.

Deutschland ist so fest und friedlich in Europa verankert wie noch nie in seiner Geschichte. Niemand muss mehr vor Deutschland Angst haben.

Im Rückblick lässt sich sagen, dass die Wiedervereinigung der erste Schritt zur Osterweiterung der Europäischen Union war, der allerdings von Deutschland alleine bezahlt wurde und wird. Die rund 80 Milliarden Euro, die jährlich an Transferleistungen von West nach Ost fließen, machen etwa 4 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes aus. Kein anderes Land der Welt hat eine vergleichbare Aufgabe zu schultern. Und weil manche Schlaumeier uns seit einiger Zeit empfehlen, wir sollten uns hinsichtlich unserer Wirtschaftspolitik doch Österreich zum Vorbild nehmen, sei der Hinweis gestattet, dass diese 80 Milliarden Euro rund 80 Prozent des gesamten österreichischen Staatshaushaltes gleichkommen.

Seit der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 ist Deutschland eine der stabilsten Demokratien der Welt. In keinem vergleichbaren Land gibt es eine derart breite politische Mitte. Die 5-Prozent-Hürde, die eine Partei überspringen muss, um in den Bundestag zu gelangen, verhindert eine Zersplitterung des Parteiensystems wie im Deutschland der Weimarer Republik oder heute in vielen europäischen Staaten. Sie ist aber auch niedrig genug, um neuen politischen Kräften eine parlamentarische Plattform zu ermöglichen. Der am 22. September 2005 gewählte Bundestag ist dafür ein gutes Beispiel. Trotz gelegentlich spektakulärer Einzelerfolge hatten und haben extremistische Kräfte von rechts oder links in Deutschland dauerhaft keine Chan-

ce. Das eher auf Konsens als auf Konfrontation angelegte politische Modell – bedingt auch durch die starke Stellung der Länder gegenüber dem Bund – mag in Bezug auf die Schnelligkeit politischer Entscheidungen gelegentlich von Nachteil sein, aber in ihm drückt sich auch ein hohes Maß an Berechenbarkeit und Stabilität aus. Während die durchschnittliche Lebenszeit einer italienischen Regierung etwa zehn Monate beträgt oder sich die Amtszeit eines französischen Premierministers etwa an der Dauer eines mittelmäßigen deutschen Fußballbundesligatrainers bemisst, sind in über sechsundfünfzig Jahren Bundesrepublik nur drei Legislaturperioden nicht zum vollen Ende gelangt.

Deutschland ist ein vorbildlicher Rechtsstaat, der auch in Krisenzeiten, wie etwa der terroristischen Bedrohung durch die Rote Armee Fraktion in den siebziger Jahren, rechtsstaatliche Grundsätze strikt eingehalten hat. Dieser Rechtsstaat garantiert aber vor allem auch ausländischen Investoren ein hohes Maß an Sicherheit. Die meisten mittelständischen Unternehmen, die vor Jahren aus Kostengründen in osteuropäische Länder abgewandert sind und jetzt in zunehmend größerer Zahl wieder nach Deutschland zurückkommen, geben gerade die mangelnde Rechtssicherheit anderswo als entscheidenden Grund für ihre Rückkehr an.

Wir sind ein weltoffenes, gastfreundliches und tolerantes Land. Die Fußballweltmeisterschaft wird diese Botschaft wieder in die ganze Welt tragen. Mit 8,8 Prozent ist der Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung in Deutschland deutlich höher als etwa in Frankreich (5,6 Prozent), Großbritannien oder den Niederlanden (beide rund 5 Prozent), und dennoch ist das Zusammenleben bei uns sehr viel friedlicher. Als besonders positives Beispiel kann meine Heimatstadt München dienen, die mit knapp 24 Prozent den höchsten Ausländeranteil aller deutschen Städte hat (Berlin 14 Prozent) und nicht nur mit einer Vielzahl von Hilfs- und Betreuungsangeboten, sondern auch mit einer verantwortlich vorausschauenden Stadt-

und Wohnungsplanung das Entstehen von Gettos verhindert hat. Wir alle erinnern uns noch an die tagelangen Bilder brennender Autos und Häuser in den Vororten von Paris im Herbst 2005.

Sicher, auch in Deutschland hat es Ausschreitungen gegeben. Die Anschläge in Mölln, Rostock oder Hoyerswerda sollen nicht vergessen sein. Ebenso wenig allerdings die Tatsache, dass die Menschen in Deutschland darin keineswegs nur ein Problem für die Polizei sahen. Hunderttausende versammelten sich zu Lichterketten, um gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu protestieren.

Dies alles festzustellen heißt nicht, die Probleme zu leugnen, die es auch bei uns mit der Integration von Ausländern gibt. Aber bei uns herrscht doch ein soziales und gesellschaftliches Grundklima, in dem die Schwelle zur Gewalttätigkeit deutlich höher liegt als anderswo. So gibt es ebenso über die Ächtung des Antisemitismus in Deutschland einen breiten Konsens.

Zum sozialen Frieden hat ebenso das „Tarifkartell“, als das die Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften heute so gerne diffamiert wird, viel beigetragen. Auf pro tausend Beschäftigte kamen in den letzten Jahren in Deutschland durchschnittlich 4,8 Streiktage, in Großbritannien 26,4, in den USA 44,5, in Dänemark 44,6 und in Italien 177 Tage. Auch dies ein wichtiger Standortvorteil. Und es ist eine Mär, dass die deutsche Tarifpartnerschaft notwendige flexible Lösungen verhindert. So genannte „betriebliche Bündnisse“ zwischen Geschäftsführung und Belegschaft sind in Deutschland längst alltäglich. Wie sehr sich vor allem auch die viel gescholtenen Gewerkschaften in den letzten Jahren bewegt haben, mag nur ein Beispiel illustrieren: Ging es früher darum, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf fünfunddreißig Stunden zu reduzieren, so sind heute Arbeitszeitverlängerungen auf einundvierzig oder zweiundvierzig Stunden ohne jeden Ausgleich akzeptierte Realität.

Ungeachtet aller Probleme, die nicht zu leugnen sind und von denen noch zu reden sein wird, ist doch festzustellen: Wir sind unverändert nach den USA und Japan die drittgrößte Industrienation der Welt und mit einem Überschuss von 157 Milliarden Euro bei den Exporten gegenüber den Importen Exportweltmeister.

Die deutsche Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren erfolgreich den veränderten Bedingungen des globalen Wettbewerbs angepasst. Im Ländervergleich 2005 des World Economic Forums liegen die deutschen Unternehmen bei der Wettbewerbsfähigkeit auf Platz drei hinter den USA und Finnland. Die gleiche Platzierung erhält Deutschland bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und der Wirtschaft wird mit Platz vier auf der Weltrangliste bewertet. Rund 30 Milliarden Euro haben ausländische Fonds im Jahr 2005 in deutsche Unternehmen investiert – so viel wie noch nie. Hauptgrund: Viele Firmen haben ihre Effizienz erheblich gesteigert und ihre Marktposition entscheidend verbessert. Besonders erfolgreich sind wir im Maschinenbau, der Chemieindustrie, der Medizin- und Umwelttechnik.

Es kann auch keine Rede davon sein, dass der deutsche Erfindergeist zum Erliegen gekommen ist. Die Zahlen weisen das Gegenteil aus: Seit 1995 hat sich die Zahl der deutschen Patentanmeldungen um 95 Prozent erhöht, das heißt nahezu verdoppelt. Mit dieser Steigerungsrate liegen wir deutlich über dem Durchschnitt der EU- und OECD-Staaten und weltweit wiederum auf dem dritten Platz hinter den USA und Japan.

Wir haben hoch motivierte, fleißige und bestens ausgebildete Menschen. Das „duale System“, also die gleichzeitige schulische und betriebliche Ausbildung zum Facharbeiter, genießt international höchste Anerkennung. Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft, im Rahmen eines so genannten „Ausbildungspaktes“ jedem ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen eine Lehrstelle zur Verfügung

zu stellen, hat sich bewährt und ist einer Zwangsumlage allemal vorzuziehen. Die Probleme liegen in erster Linie im schulischen Bereich. Knapp ein Viertel der Fünfzehnjährigen kann weder richtig lesen und schreiben noch rechnen. Hier sind erhebliche Anstrengungen notwendig, vor allem bei Kindern aus sozial schwächeren Schichten und bei ausländischen Kindern und Jugendlichen.

Die Ergebnisse jüngerer internationaler Bildungsstudien zeigen, dass Deutschlands Schulen aus den beschämenden Resultaten früherer Vergleiche die Konsequenzen gezogen und deutlich aufgeholt haben. Es war auch dringend nötig, der Bildungspolitik nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch in der Praxis oberste Priorität einzuräumen.

Im Bereich des Hochschulwesens können wir zwar nicht mit den amerikanischen Spitzenuniversitäten mithalten, und werden dies wohl auch nie können. Aber unterhalb dieses Levels brauchen sich unsere Universitäten vor niemandem zu verstecken. Der Physiknobelpreis für Professor Theodor Hänsch 2005 hat gezeigt, dass absolute Spitzenleistungen auch an unseren Hochschulen möglich sind. Mit den Bestrebungen, den Hochschulen mehr Freiräume seitens des Staates einzuräumen und damit auch einen wirklichen Wettbewerb möglich zu machen, mit der Einführung von Studiengebühren, um aus Studenten Kunden zu machen, die für ihr Geld auch entsprechende Leistungen verlangen können, sind wir auf einem guten Weg. Eine akademische Ausbildung verbessert die Berufs- und Einkommenschancen erheblich, und deshalb ist wirklich nicht einzusehen, dass ein Studium kostenfrei bleiben soll, während für Kindergartenplätze erhebliche Beträge zu zahlen sind. Dass Fleiß und Begabung und nicht die soziale Herkunft über einen Studienplatz entscheiden müssen, ist unstrittig. Mit Stipendien und großzügigen Darlehensregelungen kann und wird dies sichergestellt werden.

Kein anderer Industriestaat verfügt über eine derart ausgebaute und funktionierende Infrastruktur wie Deutsch-

land: Flugverbindungen, Autobahnen, Bundesstraßen, Güter- und Personenfernverkehr auf der Schiene, öffentlicher Personennahverkehr, Telekommunikationswege, Energieversorgung. Wer sich diesbezüglich beispielsweise in Großbritannien außerhalb von Großstädten wie London umsieht, wird es zu schätzen wissen, dass sich in Deutschland für diese Einrichtungen der Daseinsfürsorge eben auch der Staat verantwortlich fühlt und sich nicht allein auf private Investoren verlässt.

Und wenn sich Politiker nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt in diesen Bereichen engagieren, wie etwa Altbundeskanzler Gerhard Schröder bei der Gaspipeline oder der frühere bayerische Wirtschaftsminister Otto Wiesheu im Vorstand der Deutschen Bahn, dann kann ich dabei nichts Kritikwürdiges finden.

Obwohl teuer und sicherlich in vielen Bereichen reformbedürftig, steht auch das Gesundheitswesen auf der Habenseite der deutschen Standortbilanz. Ende 2005 wurde eine Untersuchung veröffentlicht, bei der über 20 000 Menschen in den USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien und Deutschland über ihr jeweiliges Gesundheitssystem befragt worden waren, von denen ein Drittel in den vergangenen zwei, drei Jahren eine schwere Erkrankung gehabt hatte. Bemerkenswert, aber irgendwie zur Stimmungslage in Deutschland passend, ist dabei der Kontrast zwischen der „gefühlten Qualität“ und der Realität. Fast jeder dritte Deutsche findet unser Gesundheitssystem schlecht. Tatsächlich warten die Deutschen kürzer auf eine Behandlung als Patienten in anderen Ländern. Sie erhalten schneller eine geplante Operation. Sie finden leichter einen Arzt außerhalb der Sprechstunden. Sie haben bei einem Klinikaufenthalt seltener Schmerzen und werden besser versorgt, weil es viel weniger Krankenhausinfektionen gibt als in anderen Ländern. Ausländische Patienten wissen die Qualität deutscher Krankenhäuser offenbar zutreffender einzuschätzen, wie der Umstand zeigt, dass sich

Deutschland immer mehr einen Namen als Klinikstandort macht.

Deutschland ist auch ein vergleichsweise sicheres Land. Dafür sorgen die bestens ausgebildeten Polizisten des Bundes und der Länder, Berufs- und Freiwillige Feuerwehren, Technisches Hilfswerk und zahlreiche andere Einrichtungen des Katastrophenschutzes und Hunderttausende ehrenamtlicher Helfer. Gerade ihr Engagement widerlegt die gängige Behauptung, in Deutschland herrsche nur noch Egoismus und soziale Kälte.

Zu dem immateriellen Reichtum unseres Landes, auf den wir besonders stolz sein können, zählt neben der Schönheit unserer Landschaften vom Meer bis zu den Alpen auch ein ebenso umfangreiches wie vielfältiges Kulturangebot. Es ist hierbei von besonderem Vorteil, dass Deutschland kein zentralistisches, sondern ein föderales Land ist. Im Gegensatz etwa zu Frankreich oder England, wo sich die kulturellen Spitzeneinrichtungen wie Theater, Opernhäuser, Konzerthallen, Museen und Ausstellungen fast ausschließlich in den Hauptstädten Paris und London konzentrieren, ist dieses Angebot bei uns, weil es in die Zuständigkeit der Länder fällt, über das ganze Bundesgebiet verteilt. Nicht zu vergessen auch die vielfältigen Bemühungen, Bauten der Vergangenheit für die Nachwelt zu erhalten. Allein in Bayern gibt es über 120 000 geschützte Baudenkmäler, überwiegend in privatem Besitz.

In Frankfurt am Main findet alljährlich die größte Buchmesse der Welt statt, auf der rund 80 000 Neuerscheinungen vorgestellt werden. Auch was den Umfang, die Vielfalt und Qualität der Zeitungen und Zeitschriften, der Radio- und Fernsehprogramme betrifft, können wir weltweit jedem Vergleich standhalten. Das wird einem gerade im Ausland sehr bewusst.

Schließlich sind wir eine ebenso erfolgreiche wie geachtete Sportnation. So stehen wir etwa, was Titelgewinne und Finalteilnahmen bei den Fußballweltmeisterschaften anbe-

langt, nach Brasilien an zweiter Stelle. Und wir haben die Möglichkeit, dieser Erfolgsgeschichte im eigenen Land einen weiteren Höhepunkt hinzuzufügen. Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Weihnachtsansprache 2005 einen ebenso schönen wie motivierenden Satz der Skispringerikone Jens Weißflog zitiert: „Man fliegt immer nur so weit, wie man mit dem Kopf schon ist.“

Das genau ist unser Problem, aber auch unsere Chance in Deutschland. Wenn wir wieder lernen, weniger auf den eigenen Nabel als vielmehr nach vorne zu blicken, wenn wir uns wieder klare Ziele setzen und auf unsere Stärken vertrauen, dann steht einer guten Zukunft Deutschlands nichts im Wege.